



Gerüchte über den weiteren Verkauf von öffentlichem Eigentum empören die Grazer! Das über viele Jahre geschaffene Vermögen der Bürgerinnen und Bürger würde vernichtet werden! Die Stadt würde in Folge auch noch dauerhaft Einnahmen verlieren!

## DEM VERKAUF?

# Stadt verhökern?

Mit derartigen „Umstrukturierungen“ lässt sich mit Sicherheit weder mittel- noch langfristig ein Budget sanieren.

### KPÖ Stadträtinnen: Hände weg!

Die KPÖ Stadträtinnen Elke Kahr und Wilfriede Monogioudis erteilen einem Ausverkauf von öffentlichem Eigentum eine klare Absage: „Für Einmal-Erlöse darf das Vermögen der Grazerinnen und Grazer nicht geopfert werden! Denn am Ende könnte gar der Verkauf der Grazer Stadtwerke und/oder der GBG stehen!“ Also: „Hände weg von Kanal und Müllabfuhr!“, betonen die KPÖ-Stadträtinnen kämpferisch.

Es sei besonders empörend, dass jene politischen Kräfte, die durch ihre Großmannsucht zur schlechten Lage der Stadtfinanzen beige-

tragen haben, nun derartige Sanierungspläne schmieden, kritisieren die KPÖ-Politikerinnen. ÖVP und SPÖ (damals noch meist gemeinsam mit der FPÖ) haben bekanntlich die Beschlüsse zum Kunsthaus, zur Murinsel, zum Dom im Berg, zur Stadthalle und zur Grazer Messe gegen die begründeten Warnungen der KPÖ gefasst.

„Diese neue Privatisierungswelle bedeutet Sozialabbau, Einschränkung der Leistungen der Daseinsvorsorge und zusätzliche Belastungen für die Bevölkerung“, warnt die KPÖ und weist darauf hin, dass Land und Bund die Verpflichtung haben, die Stadt finanziell zu unterstützen. Die ÖVP und SPÖ sollten ihre Energien endlich dazu einsetzen, über den Finanzausgleich mehr Geld für Graz herauszuschlagen.

## MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr

### Wer verkauft, ist schon verkauft



foto furgler

ÖVP und SPÖ geben derzeit in der Stadtregierung „Die Besorgten und die Sanierer“ zum Besten. Das ist vielleicht werbewirksam, hat aber mit der Realität wenig zu tun.

Man will vergessen machen, dass man vor 2003 Geld, das man nicht hatte, mit beiden Händen beim Fenster hinausgeschmissen hat. Auch danach haben Skandale wie ININ oder Öko-Profit gezeigt, dass in der Stadt Graz gleichzeitig Millionen in den Sand gesetzt werden, während man in der Öffentlichkeit von Sparen redet und es immer neue Einschränkungen gibt.

Jetzt soll die Bevölkerung die Kosten tragen.

Und man verkauft, was zu verkaufen ist. Dabei hat der Bundesrechnungshof bereits eine deutliche Warnung ausgesprochen und in seinem Bericht die Immobilienpakete, die in den vergangenen Jahren verkauft wurden in Grund und Boden kritisiert.

Der Rechnungshof weist

darauf hin, dass die Verkäufe „keine nachhaltige Verbesserung der finanziellen Lage der Landeshauptstadt, sondern wegen der nunmehr abzudeckenden Mietaufwendungen langfristig gesehen das Gegenteil bewirken“.

Verkaufen kann man das Tafelsilber eben nur einmal. Die Probleme bleiben aber. Das trifft für den Kanal ganz besonders zu. Jahr für Jahr gibt es Einnahmen in Millionenhöhe für die Stadt. Bei einem Verkauf sind diese Einnahmen für immer weg – und es droht die Gefahr von Tarifierhöhungen.

Wer verkauft, ist schon verkauft. Deshalb werden wir von der KPÖ unsere Haltung zur Frage des Verkaufs von öffentlichem Eigentum nicht ändern.

Ihre Stadträtin Elke Kahr  
Tel. 872 2060  
stadtraetin.kahr@stadt.graz.at

## KLEIN, ABER MIT BISS



Jetzt wollen ÖVP und SPÖ schon wieder Geld bringende Betriebe der Stadt verkaufen. Bei denen geht ja wirklich alles den Kanal runter.

## INHALT

Recht auf Nachtruhe.....	4
Bibliotheken müssen erhalten bleiben .....	5
Wo soll gespart werden?.....	6/7
Mehr Bahn und Bus.....	8
„Schaltergebühr“ für Stromrechnung.....	10
Wohnungsamt – hohe Kundenzufriedenheit .....	11
Gemeindewohnungen auf Kasernengrund .....	12
Heile Welt, Zensur, Spitzelwesen.....	15
Hilferuf der Hochhaus-Bewohner erhört .....	17
ÖGB, BAWAG, ARBÖ .....	20
EU Gipfel / Demo .....	21